

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

für Ernährungsberatung Lucija Borac

Stand: 01.09.2026

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für sämtliche Verträge zwischen

Lucija Borac

Balthartweg 5, 72770 Reutlingen

info@praxis-borac.de

– nachfolgend „Praxis“ genannt –

und den Klientinnen und Klienten bzw. Patientinnen und Patienten – nachfolgend „Klient/in“ genannt – über die Erbringung von Ernährungsberatung, Ernährungstherapie und damit zusammenhängenden Leistungen.

(2) Die AGB gelten unabhängig davon, ob die Leistungen in den Praxisräumen, telefonisch, online oder an einem anderen vereinbarten Ort erbracht werden.

(3) Abweichende Bedingungen der/des Klient/in werden nicht Vertragsbestandteil, es sei denn, die Praxis stimmt ihrer Geltung ausdrücklich in Textform zu.

§ 2 Gegenstand der Leistungen

(1) Die Praxis bietet insbesondere folgende Leistungen an:

- individuelle Ernährungsberatung,
- individuelle Ernährungstherapie,
- Anamnese und ernährungsbezogene Befunderhebung,
- Erstellung individueller Ernährungsempfehlungen,
- Beratung zur Veränderung des Ernährungs- und Gesundheitsverhaltens,
- Auswertung von Ernährungsprotokollen,
- Verlaufskontrollen und Beratungsgespräche,
- Online-Ernährungsberatung,
- Workshops, Vorträge und Gruppentermine.

(2) Welche Leistungen im Einzelfall erbracht werden, richtet sich nach der individuellen Vereinbarung zwischen der Praxis und der/dem Klient/in.

(3) Die Praxis erbringt ihre Leistungen nach den zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden fachlichen Standards und im Rahmen ihrer jeweiligen beruflichen Qualifikation.

(4) Ein bestimmter gesundheitlicher oder therapeutischer Erfolg wird nicht geschuldet und kann nicht garantiert werden.

(5) Die Leistungen der Praxis ersetzen bei medizinischen Beschwerden oder Erkrankungen nicht die notwendige ärztliche Untersuchung oder Behandlung. Die Praxis kann empfehlen, ergänzend oder vorrangig ärztliche oder sonstige medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

§ 3 Zustandekommen des Vertrags

(1) Ein Vertrag über Ernährungsberatung oder Ernährungstherapie kommt durch die Vereinbarung eines Termins bzw. durch die ausdrückliche Beauftragung der Praxis durch die/den Klient/in und die Annahme durch die Praxis zustande.

(2) Die Terminvereinbarung kann persönlich, telefonisch, per E-Mail, über ein Online-Buchungssystem oder über andere von der Praxis angebotene Kommunikationswege erfolgen.

(3) Soweit vor Beginn der Behandlung erforderlich, erhält die/der Klient/in Informationen über Art, Umfang und voraussichtliche Kosten der vorgesehenen Leistungen.

(4) Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen eines Behandlungsvertrages nach § 630a BGB erfüllt sind, gelten ergänzend die gesetzlichen Vorschriften über den Behandlungsvertrag.

§ 4 Aufklärung und Mitwirkung der/des Klient/in

(1) Die/Der Klient/in verpflichtet sich, der Praxis alle für die Beratung bzw. Therapie wesentlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig mitzuteilen. Dies betrifft insbesondere Angaben zu bestehenden Erkrankungen, Beschwerden, Allergien, Unverträglichkeiten, Medikamenten, Nahrungsergänzungsmitteln und sonstigen Umständen, soweit diese für die ernährungsbezogene Beratung relevant sind.

(2) Die/Der Klient/in verpflichtet sich, Änderungen des Gesundheitszustandes oder der für die Behandlung relevanten Medikation mitzuteilen.

(3) Die/Der Klient/in soll an der Beratung bzw. Therapie angemessen mitwirken und vereinbarte Empfehlungen im Rahmen der eigenen Möglichkeiten umsetzen.

(4) Die Praxis weist darauf hin, dass der Erfolg einer Ernährungsberatung oder Ernährungstherapie maßgeblich von der individuellen Ausgangssituation, der Mitarbeit und der Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen abhängt.

(5) Die/Der Klient/in ist verpflichtet, die Praxis über Umstände zu informieren, die eine Durchführung der vereinbarten Leistung möglicherweise beeinträchtigen oder ausschließen.

§ 5 Medizinische Abgrenzung und Notfälle

(1) Die Leistungen der Praxis erfolgen ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Qualifikation und des vereinbarten Leistungsumfangs.

(2) Die Praxis stellt keine medizinische Notfallversorgung sicher.

(3) Bei akuten oder lebensbedrohlichen Beschwerden ist unverzüglich ärztliche bzw. notfallmedizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

(4) Soweit eine Beschwerde oder gesundheitliche Situation eine ärztliche Abklärung erfordert, kann die Praxis die Durchführung oder Fortsetzung einer ernährungstherapeutischen Beratung von einer entsprechenden ärztlichen Abklärung abhängig machen.

§ 6 Termine

(1) Vereinbarte Termine sind verbindlich.

(2) Die Praxis bemüht sich, vereinbarte Termine pünktlich einzuhalten. Aufgrund der individuellen Betreuung können sich geringfügige Verzögerungen ergeben.

(3) Die/Der Klient/in wird gebeten, zu vereinbarten Terminen rechtzeitig zu erscheinen bzw. sich bei Online-Terminen rechtzeitig einzuwählen.

(4) Bei erheblicher Verspätung kann die Praxis die Behandlung nur für die verbleibende Terminzeit durchführen, sofern eine Durchführung noch fachlich sinnvoll und organisatorisch möglich ist. Der vereinbarte Vergütungsanspruch bleibt hiervon grundsätzlich unberührt.

§ 7 Absage und Ausfall von Terminen

(1) Vereinbarte Termine können bis spätestens **24 Stunden** vor dem vereinbarten Termin kostenfrei abgesagt oder verschoben werden.

(2) Bei einer späteren Absage oder bei Nichterscheinen kann die Praxis eine Ausfallvergütung in Höhe von **50% des vereinbarten Honorars** verlangen, sofern der Termin nicht anderweitig vergeben werden konnte.

(3) Eine Ausfallvergütung entfällt, wenn der Termin aus einem wichtigen Grund nicht wahrgenommen werden konnte und die/der Klient/in die Praxis hierüber unverzüglich informiert.

(4) Für die Beurteilung eines wichtigen Grundes sind die Umstände des jeweiligen Einzelfalls maßgeblich.

(5) Kann die Praxis einen vereinbarten Termin aus Gründen, die sie selbst zu vertreten hat, nicht durchführen, wird nach Möglichkeit ein Ersatztermin angeboten. Bereits geleistete Zahlungen für nicht erbrachte Leistungen werden erstattet, soweit keine anderweitige Vereinbarung getroffen wird.

§ 8 Vergütung

(1) Die Höhe der Vergütung richtet sich nach der zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gültigen Preisliste der Praxis bzw. nach der individuell vereinbarten Vergütung.

(2) Die Preise werden der/dem Klient/in vor Vertragsschluss bzw. vor Beginn der kostenpflichtigen Leistung mitgeteilt.

(3) Sofern nicht anders vereinbart, ist das Honorar unmittelbar vor dem jeweiligen Termin bzw. innerhalb der auf der Rechnung angegebenen Zahlungsfrist fällig.

(4) Die Zahlung kann per Überweisung erfolgen.

(5) Bei Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.

§ 9 Kostenübernahme durch Krankenkassen und andere Kostenträger

(1) Die/Der Klient/in ist grundsätzlich selbst dafür verantwortlich, vor Beginn der Beratung bzw. Therapie zu klären, ob und in welchem Umfang die Kosten durch eine gesetzliche oder private Krankenversicherung bzw. einen sonstigen Kostenträger übernommen werden.

(2) Die Praxis kann auf Wunsch Unterlagen zur Beantragung einer Kostenübernahme zur Verfügung stellen, soweit dies im Rahmen ihres Leistungsangebots möglich ist.

(3) Eine Kostenzusage oder Kostenübernahme durch eine Krankenkasse stellt keine Voraussetzung für das Zustandekommen des Vertrages mit der Praxis dar.

(4) Wird eine Kostenübernahme durch einen Dritten nicht oder nur teilweise gewährt, bleibt die/der Klient/in gegenüber der Praxis zur Zahlung der vereinbarten Vergütung verpflichtet, soweit vor Beginn der Behandlung entsprechend über die voraussichtlichen Kosten informiert wurde.

(5) Die Praxis übernimmt keine Garantie für die Erstattungsfähigkeit ihrer Leistungen durch einen bestimmten Kostenträger.

§ 10 Individuelle Therapie- und Beratungsunterlagen

(1) Im Rahmen der Beratung bzw. Therapie können individuelle Unterlagen, Empfehlungen, Ernährungspläne, Informationsmaterialien oder sonstige Arbeitshilfen zur Verfügung gestellt werden.

(2) Diese Unterlagen dienen ausschließlich der persönlichen Verwendung durch die/den Klient/in.

(3) Eine Weitergabe, Veröffentlichung, Vervielfältigung oder kommerzielle Nutzung der von der Praxis individuell erstellten Unterlagen ist ohne vorherige Zustimmung der Praxis nicht gestattet, soweit dem keine zwingenden gesetzlichen Vorschriften entgegenstehen.

(4) Allgemeine Informationen und Empfehlungen ersetzen keine individuelle medizinische Untersuchung oder Behandlung.

§ 11 Dokumentation und Behandlungsakte

(1) Soweit gesetzlich erforderlich, führt die Praxis eine Behandlungs- bzw. Beratungsdokumentation.

(2) In der Dokumentation können insbesondere Anamnesedaten, ernährungsbezogene Befunde, vereinbarte Maßnahmen, Empfehlungen, Beratungsverläufe und relevante Informationen zur Behandlung festgehalten werden.

(3) Die Dokumentation wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben geführt und aufbewahrt.

(4) Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, hat die/der Klient/in das Recht auf Einsicht in die Behandlungsakte nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

(5) Die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen bleiben unberührt.

§ 12 Datenschutz und Vertraulichkeit

(1) Die Praxis verarbeitet personenbezogene Daten und insbesondere Gesundheitsdaten ausschließlich im Rahmen der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

(2) Einzelheiten zur Verarbeitung personenbezogener Daten, zu den Rechtsgrundlagen, Speicherdauern, Betroffenenrechten und gegebenenfalls eingesetzten Dienstleistern ergeben sich aus der gesonderten Datenschutzerklärung der Praxis.

(3) Die Praxis behandelt die im Rahmen der Beratung bzw. Therapie bekannt gewordenen persönlichen und gesundheitlichen Informationen vertraulich, soweit keine gesetzliche Verpflichtung zur Offenlegung besteht oder die/der Klient/in wirksam in eine Weitergabe eingewilligt hat.

(4) Eine Kommunikation über elektronische Kommunikationsmittel, insbesondere E-Mail, kann mit datenschutzrechtlichen Risiken verbunden sein. Die Praxis informiert hierüber in ihren Datenschutzunterlagen und holt, soweit erforderlich, entsprechende Einwilligungen ein.

§ 13 Kommunikation mit Ärztinnen/Ärzten, Therapeutinnen/Therapeuten und anderen Stellen

(1) Eine Weitergabe von behandlungs- oder gesundheitsbezogenen Informationen an Ärztinnen/Ärzte, Therapeutinnen/Therapeuten, Krankenkassen oder sonstige Dritte erfolgt grundsätzlich nur, soweit hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht oder die/der Klient/in hierzu wirksam eingewilligt hat.

(2) Soweit für die Zusammenarbeit mit anderen Behandelnden eine Schweigepflichtentbindung erforderlich ist, wird diese gesondert eingeholt.

(3) Die/Der Klient/in kann eine erteilte Einwilligung bzw. Schweigepflichtentbindung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten widerrufen.

§ 14 Online-Beratung

(1) Bei Online-Terminen erfolgt die Durchführung über das von der Praxis vorgesehene Kommunikationssystem.

(2) Die/Der Klient/in ist für die technischen Voraussetzungen auf ihrer/seiner Seite, insbesondere eine ausreichende Internetverbindung sowie ein geeignetes Endgerät, verantwortlich.

(3) Bei technischen Störungen wird nach Möglichkeit versucht, den Termin fortzusetzen oder einen Ersatztermin zu vereinbaren.

(4) Die Praxis weist darauf hin, dass bei der Kommunikation über das Internet trotz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen ein Restrisiko für die Vertraulichkeit elektronischer Kommunikation bestehen kann.

§ 15 Haftung

(1) Die Praxis haftet nach den gesetzlichen Vorschriften für Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung beruhen.

(2) Die Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie die Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit bleibt unberührt.

(3) Soweit gesetzlich zulässig, haftet die Praxis nicht für Schäden, die darauf beruhen, dass die/der Klient/in wesentliche Angaben nicht, nicht vollständig oder nicht wahrheitsgemäß gemacht hat oder vereinbarte Empfehlungen bzw. Hinweise nicht beachtet.

(4) Die Praxis übernimmt keine Garantie für einen bestimmten gesundheitlichen, therapeutischen oder sonstigen Erfolg der Beratung.

(5) Zwingende gesetzliche Haftungsvorschriften bleiben unberührt.

§ 16 Beendigung der Beratung bzw. Therapie

(1) Die/Der Klient/in kann die Beratung bzw. Therapie grundsätzlich jederzeit beenden, soweit keine anderweitige vertragliche Vereinbarung besteht.

(2) Die Praxis kann die Beratung bzw. Therapie beenden, wenn hierfür ein sachlicher Grund besteht, insbesondere wenn

- die notwendige Mitwirkung der/des Klient/in dauerhaft nicht gegeben ist,
- eine weitere Behandlung fachlich nicht sinnvoll oder nicht im Rahmen der Qualifikation der Praxis möglich ist,
- das erforderliche Vertrauensverhältnis nachhaltig gestört ist,
- offene Forderungen trotz Fälligkeit und angemessener Zahlungsaufforderung nicht beglichen werden oder
- andere wichtige Gründe vorliegen.

(3) Die Beendigung erfolgt unter Berücksichtigung der Interessen der/des Klient/in. Soweit erforderlich, wird auf die Möglichkeit einer weiteren medizinischen oder therapeutischen Versorgung hingewiesen.

§ 17 Widerrufsrecht bei Fernabsatzverträgen

(1) Soweit ein Vertrag mit einer Verbraucherin oder einem Verbraucher ausschließlich unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln geschlossen wird und die gesetzlichen Voraussetzungen eines Fernabsatzvertrages erfüllt sind, werden die gesetzlichen Vorschriften über das Widerrufsrecht beachtet.

(2) Soweit ein gesetzliches Widerrufsrecht besteht, erhält die/der Verbraucher/in eine gesonderte Widerrufsbelehrung einschließlich der gesetzlich erforderlichen Informationen.

(3) Soweit gesetzlich zulässig und von der/dem Klient/in ausdrücklich verlangt, kann die Praxis vor Ablauf einer bestehenden Widerrufsfrist mit der Leistung beginnen. Die hierfür erforderlichen Erklärungen und Informationen werden gegebenenfalls gesondert eingeholt.

(4) Gesetzliche Besonderheiten für Behandlungsverträge und sonstige Dienstleistungen bleiben unberührt.

§ 19 Änderungen dieser AGB

(1) Änderungen dieser AGB für bereits bestehende Vertragsverhältnisse erfolgen nur, soweit dies gesetzlich zulässig ist und die jeweiligen gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden.

(2) Für neu abgeschlossene Verträge gilt jeweils die bei Vertragsschluss gültige Fassung der AGB.

§ 20 Schlussbestimmungen

(1) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland, soweit dem keine zwingenden gesetzlichen Verbraucherschutzvorschriften entgegenstehen.

(2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung treten die gesetzlichen Vorschriften.

(3) Soweit gesetzlich zulässig, gelten für Streitigkeiten die gesetzlichen Gerichtsstandsregelungen.